

Düsseldorfer Schauspielhaus

Schauspiel — Junges Schauspiel — Stadt:Kollektiv — www.dhaus.de

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 18 WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME 18/139

A12, A07

Düsseldorf, 30. November 2022

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD im Landtag NRW: Unterstützung jetzt! Die Energiekrise darf nicht zur Krise der Kultur werden vom 20.09.2022 (Drucksache 18/971)

von Andreas Kornacki, Käufmännischer Geschäftsführer Düsseldorfer Schauspielhaus

Der Antrag der SPD-Fraktion stellt die Lage und die multiplen Herausforderungen auf Grund der übereinanderliegenden und sich verstärkenden Problematiken in der Zusammenfassung umfassend dar. Die in der Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine entstandene Energie-Krise und die daraus resultierende rasant gestiegene Inflation mit einer drohenden Lohn-Preis-Spirale stellen die öffentliche Hand als auch die Kultureinrichtungen vor massive Herausforderungen. Dabei sind die Folgen der hoffentlich bald in einen endemischen Zustand übergehenden Covid 19–Pandemie noch nicht überwunden.

Es ist aber auch erlebbar, dass durch die Erfahrungen aus der Covid 19-Pandemie Abläufe in der Verwaltung schneller und besser funktionieren. So haben sowohl die Landeshauptstadt Düsseldorf als auch das Ministerium für Kultur und Wissenschaft schnell und proaktiv agiert. Insbesondere mit der interdisziplinären Arbeitsgruppe "Umgang mit der Energiekrise im Kulturbereich" wurde eine Plattform geschaffen, in der neben den betroffenen Einrichtungen auch verschiedene Verbände mit ihrer großen Fachkompetenz spartenübergreifend zusammenarbeiten.

Mit dieser Unterstützung in Kombination mit den in den Häusern vorhandenen Kompetenzen wird es den Kultureinrichtungen gelingen, die Vorgabe von 20 Prozent Einsparungen beim Energieverbrauch zu erfüllen.

Darüber hinaus stellen sich aber natürlich trotzdem weitere Fragen zum konkreten Umgang mit der Situation. Was hilft in dem Bereich der kurzfristigen Lösungsansätze einerseits, aber auch in den mittel- und langfristigen Problemlösungen andererseits. Denn in allen Entscheidungen wird immer mitzudenken sein: Die "Energiekrise" wird nicht im Frühjahr 2023 zu Ende gehen, sondern wird die Gesellschaft insgesamt und damit den Kultursektor auch noch im Winter 2023/24 mindestens genauso intensiv beschäftigen.



Kurzfristige Maßnahmen:

1. Klarheit über die Rahmenbedingungen der Unterstützung durch den Bund

Die vom Bund geplanten Entlastungspakete sind im Detail noch nicht beschlossen und daher in ihren Auswirkungen für die Kultureinrichtungen noch nicht zu beziffern. Trotzdem ist davon auszugehen, dass der Großteil des Kulturbereiches finanzielle Hilfen aus dem Wirtschaftsstabilisierungfonds benötigen wird.

Diese Kurzfristigkeit verhindert finanzielle Planungssicherheit sowohl für die Einrichtungen als auch für die Träger. Alle Beteiligten sind aufgefordert, den Einrichtungen hier schnellstmögliche Sicherheit, auch über das Antragssystem, zu geben.

2. Die Theater müssen geöffnet bleiben

Die größte Forderung der Kultureinrichtungen ist: Es muss erlaubt bleiben, den öffentlichen Auftrag zu erfüllen, Kunst und Kultur anzubieten.

Es ist sicherlich in einzelnen Fällen sinnvoll, über die Öffnungszeiten und den Angebotsumfang zu diskutieren und einrichtungsspezifisch auch Anpassungen vorzunehmen. Um aber den gerade beginnenden Aufschwung bei der Publikumsrückgewinnung nach der Covid 19-Pandemie nicht zu gefährden, darf es nicht zu flächendeckenden Schließungen kommen.

3. Unterstützung bei der Suche nach externer Fachkompetenz

Zurzeit ist ein wesentliches Problem, qualifizierte Anbieter mit freien Kapazitäten für Beratungen im Bereich der energetischen Nachhaltigkeit zu gewinnen. In diesem zentralen Zukunftsmarkt sind Kapazitäten rar und darüber hinaus die benötigte Fachkompetenz für die Spezialbauten im Kulturbereich nicht flächendeckend vorhanden. Es sind also Angebote notwendig, damit geeignete Dienstleister unkompliziert gefunden und schnell beauftragt werden können. Denn Kultureinrichtungen mit ihren Spezialbauten brauchen individuelle Problemlösungen, die über Standardlösungen hinausgehen.

4. Kurzfristige Lockerung der Haushaltsvorgaben für Beschaffung

Der Markt ist in Teilbereichen leergefegt und teilweise kann man oft dabei zusehen, wie Preise steigen oder (respektive: und) die Verfügbarkeit sinkt. Dies gilt oft umso mehr für strategische Lösungen. Ein Beispiel: Während sogenannte "Behördenventile" für statische Heizungsanlagen z.Zt. auch noch kurzfristig zu bekommen sind, sind viele Angebote für "smarte" Lösungen ausverkauft. Gerade bei solchen Punkten wäre es aber sinnvoll, zu einer nachhaltigen und langfristig effizienten Lösung zu greifen. Bei Einhaltung aller Vorgaben für die ordnungsgemäße Beschaffung verliert man hier u.U. viel Zeit, und schlimmer noch, Handlungsspielräume.



Mittel- und langfristige Maßnahmen:

1. Sicherung der Grundfinanzierung

Zuallererst muss bei öffentlich geförderten Einrichtungen die Grundfinanzierung sichergestellt werden, was neben den steigenden Energiekosten insbesondere den Ausgleich der zu erwartenden Lohnabschlüsse bedeutet. Ohne diese Finanzierungssicherheit laufen Förderprogramme ins Leere.

Doch selbst damit wären noch nicht die steigenden Sachkosten auf Grund der hohen Inflation aufgefangen. Auch hier bedarf es Lösungen seitens der Träger.

2. Förderprogramm zur Transformation

Dieser Forderung der SPD ist zuzustimmen. Es sollte aber nicht aus dem Blick geraten, dass bei einer solchen Förderung die Strukturen der Häuser selbst berücksichtigt werden müssen. Sowohl die Beantragung von Fördermitteln, die Umsetzung als auch die Abrechnung müssen in den Strukturen der Häuser geleistet werden. Wenn man hier auf die oftmals zu verzeichnenden Belastungssituationen schaut und konstatiert, dass auf Grund der zuvor beschriebenen Rahmenbedingungen ein personeller Aufwuchs nicht aus dem Haus heraus möglich sein wird, müssten hier die Förderkulisse als auch die Kosten für personelle Unterstützung berücksichtigt werden. Genauso wird die Frage nach der Finanzierbarkeit von Eigenanteilen zu klären sein.

3. <u>Umgang mit dem Denkmalschutz</u>

Bei der der Suche nach baulichen Lösungen zur Transformation von Kultureinrichtungen sollten auch die Fragen aus dem Bereich des Denkmalschutzes in den Blick genommen werden.

Ohne die herausragende kulturelle Bedeutung dieses Themas in Frage zu stellen, sollten die möglichen Einschränkungen und aus dem Denkmalschutz resultierenden Zusatzkosten im Rahmen einer Güterabwägung thematisiert werden. Wenn Maßnahmen im Sinne der energetischen Nachhaltigkeit wie z.B. PV-Dachanlagen umgesetzt werden sollen, müssen hier Ermessenspielräume stärker im Sinne der nachhaltigen Ertüchtigung genutzt werden.

Andreas Kornacki

Kaufmännischer Geschäftsführer Düsseldorfer Schauspielhaus Gustaf-Gründgens-Platz 1 40211 Düsseldorf Tel. 0211 8523 400 E-Mail: Andreas.Kornacki@dhaus.de